IV. Kohle, Stahl und ein neues Konzept für Europa, 1945–1954

Dietmar Hüser

Druckmittel Deutschland? – Französische Sicherheit und amerikanisches Engagement in Europa, 1945–1950

Mit Blick auf die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg galten Druck und Zwang in den amerikanisch-französischen Beziehungen traditionell als eindeutig und einseitig verortet. Hatten nicht erst politische und wirtschaftliche Pressionen seitens der neuen westlichen Führungsmacht das widerspenstige Frankreich 1947/48 dazu gebracht, schrittweise von seiner kompromißlosen Revanchepolitik gegenüber dem besiegten Deutschland abzurücken und in permanenten Rückzugsgefechten auf die anglo-amerikanische Linie einzuschwenken? Es schien auf der Hand zu liegen, daß die Vereinigten Staaten als machtpolitisch Starker Frankreich als machtpolitisch Schwachem den eigenen Willen aufzuzwingen vermocht hatten.

Dominanz und Integration

Nun stellt sich freilich die französische Deutschlandpolitik nach Kriegsende im Lichte neuerer Forschungen durchaus komplexer dar als lange angenommen¹. Schon die Planungen des äußeren Widerstandes unter Führung de Gaulles hatten in Algier vor morgenthauähnlichen Absichten oder anderen radikalen Demontageprojekten gewarnt. Neben klassische Ansprüche traten nuanciertere Entwürfe. Faktisch verlor der öffentlich gepflegte Revanchediskurs mit Rhein-Ruhr-Saar-

¹ Vgl. *Rainer Hudemann*, Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 6* (1997) 31–40.

Abtrennung, Zerstückelung Restdeutschlands und „Reparationismus“ mehr und mehr den Rückhalt relevanter Regierungskreise. Zweifel an Sinn, Zweck und Erfolgsaussichten solcher Ansinnen verdichteten sich im Sommer und Herbst 1945 zur Gewißheit, denn spätestens „la conférence de Londres a abouti à un échec dont rien n’annonce qu’il puisse être réparé avant longtemps“².

Als zentrale und realistische Zielvorstellung kristallisierte sich die Internationalisierung der Ruhr³ durch die drei Westmächte heraus. Französische Mitsprache-, Verfügungs- und Kontrollrechte über Produktion und Verteilung der Ruhrkohle entsprachen der Vorstellung dauerhafter wirtschaftlicher Überlegenheit ohne Zerstörung deutscher Industriestrukturen. Es ging um einen entscheidenden Rekonstruktionsvorsprung als Garantie künftiger Sicherheit und Friedensbemühungen, als Mittel und Fundament einer integrationsorientierten Deutschlandpolitik: „La solution de ces problèmes ne peut être trouvée que dans un contrôle étroit de l’économie allemande, contrôle envisagé non point seulement du point de vue des réparations, mais en vue d’intégrer définitivement l’économie allemande dans l’économie européenne. La question des réparations ne saurait, en effet, être dissociée de l’organisation économique de l’Europe de demain.“⁴ Nicht nur für frühe amerikanische⁵, auch für die französischen Deutschlandansätze lieferten solche Integrationsaspekte bedeutende Argumente.

Zunächst verweisen diese Ziele auf diplomatische Lernfähigkeit, auf eine nationale Interessenbestimmung, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Zwischenkriegszeit breit berücksichtigen sollte: „retrouvons nos manches“ statt „l’Allemagne paiera“, wirtschaftliche statt territoriale Sicherheitskonzeption, Verwertung statt Vernichtung deutscher Industriepotentiale zugunsten europäischer Rekonstruktion, nüchternes Kalkül statt blinder Gefühle, Sicherung annehmbarer Ernährungsbedingungen statt materielle Not der Deutschen, vor allem Dominanz und Integration statt Dominanz und Desillusion des Nachbarlandes. Dahinter stand ein gewandeltes Problem- und Machtbewußtsein eines Großteils der neuen politischen und administrativen Eliten. Durchgängig kennzeichnete sie ein feines Gespür für die vielfältigen Zwangslagen des Landes und seine profunde machtpolitische Schwäche. Langfristig stärker kooperativ als antagonistisch ausgerichtete

² Brief de Gaulle an Koenig, 29. 10. 45, in: *Charles de Gaulle*, Lettres, Notes et Carnets, Bd. 6: 1945–1951 (Paris 1984) 106ff.; noch während der Konferenz de Gaulle an Bidault, 29. 9. 45, ebd. 89f.

³ Vgl. bereits *Martina Kessel*, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen 1945–1947 (München 1989) 246, 301.

⁴ Alphand an Dejean, 6. 3. 44, Archives du Ministère des Affaires Etrangères (AMAE) GU (1939/45) 727. Sinngemäß schon Alphand, Note, 3. 12. 43, Archives Nationales (AN) 457 AP 82 (Papiers Georges Bidault); Massigli an Béthouard, 23. 5. 44, AMAE GU (1939/45) 716; Allocution de René Pleven, 7. 4. 45, Service des Archives Economiques et Financières (SAEF) Ministère des Finances, 5 A 7.

⁵ Vgl. *Klaus Schwabe*, Deutschlandpolitik als Integrationspolitik: Die USA und die Deutsche Frage 1945–1954, in: *Wolfgang-Uwe Friedrich* (Hrsg.), Die USA und die Deutsche Frage 1945–1990 (Frankfurt, New York 1991) 105–128 (124).

deutsch-französische Beziehungen mußten im ureigensten Interesse Frankreichs liegen.

Das Nebeneinander von Maximalpositionen und Realzielen legt es nahe, konventionelle Bilder des amerikanisch-französischen Verhältnisses in der frühen Nachkriegszeit kritisch zu überdenken. Sind deutschlandpolitische Differenzen zwischen Paris und Washington möglicherweise weniger im Grundsätzlichen als im Taktischen anzusiedeln? Stehen sie nicht gleichermaßen für ein französisches Auslöten autonomer Handlungsspielräume im Zeichen struktureller Asymmetrie⁶? Erlauben die Konflikte in der deutschen Frage überhaupt weitreichende Aussagen über fundamentale Divergenzen, über diametral entgegengesetzte Planungen und Praktiken? Sind sie nicht zugleich Ausdruck außenpolitischer Stilfragen, ideologischer Grundhaltungen und kultureller Mißverständnisse diesseits wie jenseits des Atlantiks?

In beiden Ländern vollzog sich der Übergang von der Planungsebene zur praktischen Deutschland- und Besatzungspolitik schrittweise. Es war ein Weg komplexer regierungsinterner Entscheidungsfindung und Interessenbalance unter Abwägung kurzfristiger Vorteile und langfristiger Ziele, ein Weg der kleinen Schritte und Beschlüsse, der Reaktionen auf innen-, außen- und besatzungspolitische Strukturen und Maßnahmen. Fast zwangsläufig kam es zu Mittelwegs- und Verlegenheitslösungen, die nach ständiger Anpassung verlangten⁸. Hier wie dort standen 1944/45 traditionellere Deutschlandvisionen neben zukunftsträgteren Ansätzen, die Integration und Kooperation bereits mitdachten. Auch in Frankreich waren sie hausgemacht, bedurften weder amerikanischer Druckausübung noch Kalter-Kriegs-Auguren, wohl aber eines zurückhaltenderen öffentlichen Umgangs.

Denn wenn von vornherein Dominanz und Integration keine Gegensätze bildeten, sondern konzeptionell zusammengehörten, wenn prinzipiell amerikanische und französische Deutschlandpositionen enger beieinander lagen als vielfach vermutet, dann bleibt die Frage, warum es erst seit Sommer und Herbst 1948 zu einer vorsichtigen offiziellen Annäherung zwischen Paris und Washington kam. Welches sind die Hintergründe bilateraler Konfliktstrukturen zum Deutschlandproblem? Oder anders gewendet: Was motivierte Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“, eine Politik, bei der seit der Jahreswende 1945/46 offizielle und inoffizielle Standpunkte auseinanderfielen? Wie läßt sich der breite Graben deuten zwischen regierungsamtlich konsequent kultivierten, obschon als sinn- und chan-

⁶ Vgl. *Charles G. Cogan*, *Oldest Allies, Guarded Friends. The United States and France since 1940* (Westport CT 1994) 199–208.

⁷ Pointiert *Stanley Hoffmann*, Comment, in: *Robert O. Paxton, Nicholas Wahl* (Hrsg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal* (Providence 1994) 413–416.

⁸ Für die Vereinigten Staaten überzeugend *John H. Backer*, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943–1948* (München 1981) 163–170; für Frankreich am Beispiel der Saarfrage vgl. *Dietmar Hüser*, *Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg – Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld*, in: *Rainer Hudemann, Burkhard Jellonnek, Bernd Rauls* (Hrsg.), *Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960* (St. Ingbert 1997) 97–120 (112–119).

cenlos erachteten Maximalpositionen und den intern zunehmend gewichtigeren, für zweckmäßig und ansatzweise erreichbar gehaltenen Realzielen?⁹

Die beträchtlichen Probleme im Inneren des Landes beeinflussten die französische Außenpolitik. In vielen Bereichen sah sich die provisorische Regierung 1944/45 zugespitzten Krisen gegenüber, zugleich einer Öffentlichkeit, die angesichts nicht enden wollender Engpässe nach Blitzableitern suchte. Zusätzliche Schwierigkeiten beim Mobilisierungsthema Deutschland konnte und wollte sich niemand leisten. Die latente Germanophobie auf höchstem Niveau war gebührend in Rechnung zu stellen. Gerade im Zusammenwirken mit allgemeiner Unzufriedenheit, sozialen Spannungen und kommunistischer Hegemonie schien sie Demokratie, Regime und Modernisierung potentiell in Frage zu stellen. Beträchtliche Sach-, Koalitions- und Wahlzwänge wurzelten im Regierungssystem selbst: Galt der Revanchediskurs angesichts ständiger Urnengänge anfangs als probates Mittel tripartistischer Einbindung des PCF, so diente er seit Mai 1947 oppositionellen Kommunisten und Gaullisten, um die Dritte-Kraft-Regierungen und die junge IV. Republik zu diskreditieren.

Ein zweites Erklärungsmuster „doppelter Deutschlandpolitik“ – und darum soll es im folgenden gehen – zielt auf Frankreichs Position auf der internationalen Nachkriegsbühne, vor allem seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Es wird zu zeigen sein, daß die innenpolitischen Krisen außenpolitische Nutzungschancen eröffneten. Grundlegend dafür war nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der Behauptung, eine offizielle Kurskorrektur gegenüber Deutschland würde das sozio-ökonomische Chaos verschärfen und einer kommunistischen Regierungsübernahme den Boden bereiten.

Tatsächlich bedarf die Supermacht-These, die einen kausalen Nexus zwischen amerikanischem Machtpotential bei Kriegsende und dessen unmittelbaren Einsatzmöglichkeiten in der transatlantischen Tagespolitik herstellt, einer Relativierung¹⁰. Offenbar verfügte die US-Administration nicht über geeignete Instrumentarien, um strukturelle Macht stets in konjunkturellen Druck umzumünzen. Ohne eigene Interessen in Westeuropa zu konterkarieren, ließ sich Frankreich nicht gefügig machen, weder deutschland- noch, wie inzwischen belegt, innen- bzw. finanzpolitisch¹¹. Umgekehrt wäre deshalb zu klären, ob nicht Paris die deutsche Frage als Druckmittel gegen Washington einsetzte. Halfen nicht die Maximalpositionen bei der Durchsetzung essentieller französischer Sicherheitsziele? Diese wurden freilich seit Befreiung und Kriegsende nicht nur gegenüber

⁹ Ausführlich *Dietmar Hüser*, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950 (Berlin 1996); zu den innenpolitischen Determinanten vgl. ebd. 586–656.

¹⁰ Dies auch die Einschätzung bei *Irwin M. Wall*, *L'influence américaine sur la politique française 1945–1954* (Paris 1989) sowie bei *Heike Bungert*, *A New Perspective on French-American Relations during the Occupation of Germany 1945–1948*, in: *Diplomatic History* 18 (1994) 333–352.

¹¹ Dazu *Chiarella Esposito*, *America's Feeble Weapon. Funding the Marshall Plan in France and Italy 1948–1950* (Westport CT 1994) 54–60, 82–89, 115–119 u. 207.

Deutschland formuliert, sondern gleichermaßen gegenüber der Sowjetunion als neuer östlicher Großmacht mit direktem Einfluß auf die hexagonalen Verhältnisse¹².

Interessenstrukturen und Verhandlungsmuster

Die amerikanisch-französischen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren bildeten keine Einbahnstraße. Vielmehr waren die Interessen, die Abhängigkeiten und die Zugeständnisse wechselseitiger Natur. Beide Länder waren vielfältig aufeinander angewiesen, die Akteure diesseits wie jenseits des Atlantiks waren sich dessen bewußt, agierten und taktierten dementsprechend. Rasch erwuchs eine bilaterale Konstellation, die sich selbst im Zuge zunehmender Ost-West-Polarisierung nicht grundlegend wandelte. In der globalen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus brauchte die westliche Führungsmacht erst recht Freunde, selbst wenn es sie einiges kosten sollte¹³.

Frankreichs wirtschaftliches Interesse an den Vereinigten Staaten war evident. Das Land ging ruiniert aus den Besatzungsjahren und Befreiungskämpfen hervor. Rasch offenbarte sich ein Teufelskreis der Engpässe, der Wiederaufbau- und Modernisierungsprämissen dramatisch in die Länge zu ziehen drohte. Nur Washington kam in Frage, um kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Über den kritischen Zustand der Dollar-Reserven herrschte Konsens, und Außenminister Bidault machte das Gebot, „il nous faut obtenir des crédits“¹⁴, zu einer zentralen diplomatischen Leitlinie.

Neben wirtschaftliche Ansinnen traten militärisch-strategische. Gerade das fortwirkende Rapallo-Trauma ließ einen weiteren Verbleib amerikanischer Soldaten auf dem Kontinent unabdingbar erscheinen¹⁵. Mehrere im Sommer und Herbst 1945 angebahnte Initiativen für eine künftige transatlantische Sicherheitspartnerschaft unterstreichen, daß die „Russen am Rhein“ mehr waren als ein taktisches Argument. Sie dokumentieren die ständige Sorge „que le militaire américain se désintéresse du sort de l'Europe“, und daß „une évacuation anticipée de la zone américaine“¹⁶ ein fatales Machtvakuum nach sich zöge.

Die US-Interessen an Frankreich waren komplementär. Trotz vielfältiger Konflikte mit den „Freien Franzosen“ und fortdauernder Provokationen de Gaulles seit der Befreiung wußte Washington um das Gewicht eines politisch stabilen und

¹² Kritisch bereits *Maurice Dejean*, Note sur la politique soviétique, 13. 10. 43 bzw. Relations franco-soviétiques, 4. 11. 43, AMAE PA-AP 288/74 (Papiers Dejean).

¹³ Zurecht *Günter Bischof*, Der Marshall-Plan in Europa 1947–1952, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/23 (1997) 3–16 (5).

¹⁴ Vgl. Audition de M. Georges Bidault accompagné de M. Hervé Alphand, Service des Archives de l'Assemblée Nationale (SAAN) Com. Éco. Nat. 27. 3. 46.

¹⁵ Vgl. z. B. MAE, Le problème rhénan-westphalien, 22. 1. 45, AN 457 AP 60.

¹⁶ Vgl. *Bidault*, Répercussion de la crise morale des troupes américaines en Allemagne, 27. 2. 46, AMAE Y (1944/49) 419.

ökonomisch rekonvaleszenten französischen Staates im Nachkriegseuropa¹⁷. Wirtschaftspolitische und militärstrategische Optionen gingen Hand in Hand: Globale Nachkriegsprobleme und industrielle Stagnation der westlichen Verbündeten, allgemeine Schwierigkeiten der Wirtschaftslenkung bei gleichzeitiger Entfaltung einer sowjetischen, nicht-kapitalistischen Sphäre, provozierten förmlich Gedankenspiele über eine „transatlantic capitalist political economy and a favorable Eurasian balance of power“¹⁸.

Schon bei Kriegsende war die Konzeption nationaler Sicherheit der Vereinigten Staaten breit angelegt. Frankreich kam darin eine kontinentaleuropäische Schlüsselrolle zu. Im Bewußtsein eigener Stärke erwartete Washington zwar keinen militärischen Coup Stalins in der Alten Welt. Dennoch bangte die Administration, kommunistische Parteien vor Ort könnten die heikle materielle Lage ausnutzen und die Sowjetunion daraus Kapital schlagen¹⁹. Potentielle politische Unruhe und soziale Gärung hatten überaus sensible Reaktionen zur Folge, in Asien wie Europa. Frankreich galt als besonders exponiert, von daher im nationalen Interesse finanzwirtschaftlich unterstützens- und politisch schonenswert.

Konkreter Ausdruck solch wechselseitiger Interessen- und Abhängigkeitsstrukturen waren die Gespräche, die de Gaulle, Bidault und weitere hohe Beamte des Quai d'Orsay Ende August 1945 mit den Amtskollegen in Washington führten. Präjudizierende Wirkung hatten sie in mehrfacher Hinsicht: Französischerseits für die Aussichtslosigkeit maximalistischer Deutschlandforderungen und die Nützlichkeit, sie dennoch offiziell aufrechtzuerhalten; amerikanischerseits für die Rücksichtnahme auf die angespannte innere Situation und die beschränkten Druckmittel, um Frankreich bei Meinungsverschiedenheiten zum Nachgeben zu bewegen.

Vier Tage vor dem Abflug gab sich Paris selbstbewußt. Ein vorbereitendes Papier postulierte, daß die amerikanische Administration „est parfaitement consciente du fait que notre pays constitue la pièce maîtresse de toute construction continentale,“ daß sie „est d'autre part très frappée de cet autre fait que le parti communiste français est le second parti communiste du monde“²⁰. Die Diagnose fand Bestätigung. Zwar ließ sich niemand in Washington auch nur ansatzweise auf die Rhein-Ruhr-Forderungen ein²¹, wohl aber trat nachdrücklich der

¹⁷ Z. B. Botschafter Jefferson Caffery gegenüber de Gaulle, 5. 5. 45, Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (FRUS) 1945 (IV) 686 f.; unzählige Hinweise in französischen Archivalien, z. B. AMAE B Amérique (1944/52) États-Unis 119 oder AN 457 AP 80.

¹⁸ Vgl. William Burr, Marshall Planners and the Politics of Empire: The United States and French Financial Policy 1948, in: Diplomatic History 15 (1991) 495–522 (498).

¹⁹ Vgl. Melvyn P. Leffler, National Security and US Foreign Policy, in: ders., David S. Painter (Hrsg.), Origins of the Cold War. An International History (London 1994) 15–52 (23 f., 37 f.); ähnlich Richard F. Kuisel, Seducing the French. The Dilemma of Americanization (Berkeley 1993) 24.

²⁰ Maurice Dejean, Note, 17.8.45, AMAE Y (1944/49) 19.

²¹ Vielsagend Jean Chauvel an René Massigli, 2. 9. 45, AMAE PA-AP 217/59 (Papiers Massigli).

Wille zutage, schnellstmöglich wirtschaftlich zu helfen, um die französische Lage vor dem Referendum und den Legislativwahlen zu entschärfen²².

Noch deutlicher als Präsident und Außenminister wurden die Beamten des State Department. Alphand zufolge ließen sämtliche Gesprächspartner verlauten, die Existenz eines starken Frankreich sei ein Axiom amerikanischer Politik. Dies impliziere ökonomische Restauration und eine aktive Rolle bei den internationalen Nachkriegsregelungen. Vor allem aber läge ihnen daran, der französischen Regierung „des satisfactions lui permettant de se consolider devant l'opinion française“ zu geben, da sie „redouteraient en effet l'arrivée au pouvoir d'un gouvernement d'extrême gauche“²³.

Die offensichtliche Beunruhigung über die Stärke des PCF sowie die demonstrative Bereitwilligkeit, in außenpolitischen Fragen die inneren Belastungen und elektoralen Bewährungsproben nichtkommunistischer Minister und Parteien angemessen zu berücksichtigen, boten Paris die Möglichkeit, innenpolitische Zwangslagen international zu nutzen. Starrsinnigkeit in Deutschlandfragen gehorchte fortan nicht mehr bloß einer inneren Notwendigkeit, sondern gleichzeitig der Chance auf lohnenswerten Einsatz nach außen. Der bevorstehende Wahl- und Referendenzzyklus – zwischen Ende April 1945 und Anfang Dezember 1946 schritten die Franzosen elf Mal zur Wahlurne – bot ideale Anknüpfungspunkte, allgemeine Krisen-, PCF- und Germanophobie-Argumentationen verstärkt in diplomatische Verhandlungen einzubringen.

Deutschlandpolitischen Maximalpositionen kam dabei besondere Bedeutung zu. Wirtschafts- und Sicherheitsprämissen der Vereinigten Staaten definierte allein Washington, und innerfranzösische Zwangslagen mußten Paris amerikanischer Mildtätigkeit ausliefern, es zum passiven Almosen-Empfänger degradieren. Dagegen erlaubte striktes, glaubwürdiges Festhalten an traditionellen Deutschlandansprüchen und regierungsamtlichen Maximalismen, der Dringlichkeit von Krediten und der Unumgänglichkeit anderer Sicherheitskonzessionen Nachdruck zu verleihen. Erst solche autonom einsetzbaren argumentativen Gegenpositionen verringerten die Gefahr einer Abhängigkeit ohne Rückendeckung.

Zentralverwaltungen und Industrieniveau

Faktisch banden die Vereinigten Staaten finanzielle und materielle Hilfen nicht an deutschlandpolitische Zugeständnisse. Dafür sprach bereits das Darlehen in Höhe von 550 Mio. Dollar, das die Export-Import-Bank am 4. Dezember 1945 gewährte. Seine Vergabe erfolgte gerade zwei Wochen nach Beendigung der bilateralen Gespräche über Rhein-Ruhr-Komplex bzw. Zentralverwaltungsstellen, nur

²² Vgl. Gespräche Bidault mit Byrnes, 23. und 24. 8. 45, AMAE Y (1944/49) 19.

²³ MAE, Dir. Amér., 31. 8. 45, AMAE PA-AP 217/59; Résumé des conversations de M. Alphand, 26. 8. 45, AN 457 AP 80.

wenige Tage nach Veröffentlichung des Price-Berichts, der empfohlen hatte, alle diplomatische Macht gegen Paris einzusetzen, um den Stillstand im Berliner Kontrollrat zu beheben²⁴. Dafür sprach aber auch das Blum-Byrnes-Abkommen vom 28. Mai 1946.

Anfang 1946 hatte die Provisorische Regierung um einen großzügigen Kredit nachgesucht, Mitte März nahm eine hochkarätige Delegation mit Léon Blum an der Spitze und Jean Monnet als Verhandlungsführer in Washington Gespräche auf, die sich über zwei Monate hinziehen sollten. Verlauf und Ergebnis waren mehr als symptomatisch für die bilaterale Beziehung.

Auf amerikanischer Seite sprachen sich General Clay, sein politischer Berater Murphy und Kriegsminister Patterson während des gesamten Zeitraumes für Sanktionen gegenüber der französischen Führung aus. Das State Department blieb bei seiner Linie und lehnte ein solches Vorgehen ab. Stattdessen versuchten Byrnes und seine Beamten eher verständnisvoll, von Sinn und Zweck gesamtdeutscher Zentralverwaltungsstellen kaum mehr überzeugt²⁵, Bidault zu einem Einlenken zu bewegen, versprachen höhere Kredite, boten Vorleistungen, etwa in der Saarfrage. Es schien ihnen ziemlich zweifelhaft „that economic pressure on the French, retarding rate of economic recovery, will prove successful in altering their basic national policies in favour of US views“²⁶.

Jefferson Caffery, als Botschafter in Paris zwischen Oktober 1944 und Mai 1949 ständig bemüht, amerikanische und französische Interessen in Einklang zu bringen, unterstrich mehrfach die Wichtigkeit umgehender Wirtschaftshilfe, schilderte ausgiebig die desolaten Verhältnisse in Frankreich, die möglichen politischen Rückwirkungen und verwies mit Bestimmtheit und Besorgnis auf die Anfang Juni 1946 bevorstehenden Parlamentswahlen²⁷. Byrnes wiederum hob die Widerborstigkeit des Kongresses in Kreditfragen hervor, instruierte aber seinen Botschafter, alles zu unternehmen, um dennoch eine möglichst hohe Anleihe zuwege zu bringen²⁸.

Auf französischer Seite hatte Bidault bereits im Vorfeld der Blum-Mission abgeklärt, daß zwar handels-, nicht aber deutschlandpolitische Kompromißbereitschaft an den Tag gelegt werden dürfe. Der Außenminister war nicht bereit, für eine Finanzspritze, deren Höhe selbst bei beträchtlichen Konzessionen ungewiß geblieben wäre, die maximalistischen Trumpfkarten auszuspielen und die „dop-

²⁴ Vgl. Patterson an Byrnes, 10. 12. 45, FRUS 1945 (III) 917. Paris nahm den Bericht nur bedingt ernst, vgl. Bonnet an Bidault, 30. 11. 45, AMAE Z-Europe (1944/49) Allemagne 75, und fand sich rasch bestätigt, vgl. MAE, Dir. Amér., Note pour le Ministre über Gespräch mit Caffery, 25. 2. 46, AMAE Y (1944/49) 396.

²⁵ Zuletzt Dietmar Hüser, Frankreich und die Potsdamer Konferenz. Die deutsche Einheit in französischer Perspektive, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum? (Berlin 1997) 59–85 (78ff.).

²⁶ Acheson an Byrnes, 13. 5. 46, FRUS 1946 (V) 778f.

²⁷ Vgl. Caffery an Byrnes, 1. 3., 4. 4., 1. 5., 2. 5. u. 7. 5. 46, FRUS 1946 (V) 509ff., 421f., 434, 434f. u. 446f.

²⁸ Vgl. Byrnes an Caffery, 9. 4. 46, FRUS 1946 (V) 425.

pelte Deutschlandpolitik“ aufzugeben²⁹. Selbstverständlich glaube er nicht an die Realisierung maximalistischer Vorstellungen, gab er klipp und klar zu verstehen, doch sei die Deutschlandfrage „a question of strategy“; bei ausbleibender Unterstützung werde ein „unfortunate effect on the elections“ kaum auf sich warten lassen, und denkbar wäre selbst eine „Russian occupation of France“³⁰.

Das am 28. Mai 1946 unterzeichnete Blum-Byrnes-Abkommen besaß Kompromißcharakter. Zutage trat vor allem die Komplexität kurz- und langfristiger Dependenzstrukturen. Während Washington durch eine Politik der kleinen Kredite eine öffentlich sichtbare Annäherung deutschlandpolitischer Standpunkte langfristig präjudizieren konnte, war es im eigenen Interesse nicht möglich, seine Machtstellung und finanzwirtschaftliche Überlegenheit kurzfristig in politische Pressionen umzuwandeln. Dagegen hatte Paris die Chance, durch ein Beharren auf maximalistischen Grundhaltungen kurzfristig gewisse Hilfsleistungen zu ergattern, rückte aber mit dem Rekurs auf die US-Dollar langfristig dem Punkt näher, an dem ein „offizielles Einschwenken“ in der „logique des choses“³¹ lag.

Doch soweit war es noch nicht. Momentan veranschlagten die Vereinigten Staaten den möglichen frankreichpolitischen Preis deutschlandpolitischen Drucks als kontinentaleuropäisch zu hoch. Die Datierung der Übereinkunft auf den 28. Mai, fünf Tage vor dem Wahlgang, verstärkte den Eindruck, es habe sich um ein Geschenk für nicht-kommunistische Parteien gehandelt³². Für den Quai d'Orsay gab es keinen einleuchtenden Grund, seine „doppelte Deutschlandpolitik“ auf- und seine Maximalpositionen aus der Hand zu geben.

Die Karten lagen für beide Partner offen auf dem Tisch. Doch verteilten sich die Trümpfe weiter dergestalt, daß potentielle Alternativen weniger attraktiv und risikoreicher erschienen als die gewählten Optionen. Die wesentlichen Verhandlungselemente bestanden fort: Urnengänge Anfang Juni, Mitte Oktober, Mitte und Ende November sowie Anfang Dezember 1946, ein fürchterlicher Winter 1946/47, Hunger und Frost³³, wachsende intragouvernementale Proteste der kommunistischen Partei bzw. – nach dem Regierungsaustritt von Anfang Mai 1947 – extragouvernementale Mobilisierung gegen das Regime, ein nun auch parteipolitisch aktiv(istisch)er de Gaulle, der dem State Department antikommunistischer Rekurs und systemerschütternde Gefahr zugleich war.

Es blieb bei amerikanischer Furcht vor Kommunisten und Chaos, bei französischem Kalkül zwischen Drohen und Hinhalten, bei amerikanischen Reaktionen

²⁹ Vgl. Bidault an Blum, 28. 2. 46, Fondation Nationale des Sciences Politiques, Archives d'Histoire Contemporaine (FNSP-AHC) Papiers Léon Blum 4 BL 1 Dr.6.

³⁰ Vgl. Memorandum of Conversation by Matthews, 1. 5. 46, FRUS 1946 (II) 204 ff.

³¹ Bidault später vor der Commission exécutive du Mouvement Républicain Populaire (MRP), 2. 5. 47, AN 350 AP 45 (Fonds MRP).

³² Vgl. etwa Brief Kindleberger an Mason u. Galbraith, 13. 8. 46, zit. bei *Daniel Yergin*, *Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas* (Frankfurt a. M. 1979) 435, Anm. 21.

³³ Vgl. *Dietmar Hüser*, *Ventres creux, mentalités collectives et relations internationales – La faim dans les rapports franco-allemands d'après-guerre*, in: *Francine-Dominique Liechtenhan* (Hrsg.), *Europe 1946. Entre le deuil et l'espoir* (Brüssel 1996) 141–164 (147 ff.).

zwischen Zuckerbrot und Peitsche, schließlich bei einem französischen Selbstbewußtsein, das im Zuge des Kalten Krieges eher zu- als abnahm. Frankreich sah sich nicht als Almosenempfänger, lag doch der Rekonstruktionserfolg auch im politischen und wirtschaftlichen Interesse der Vereinigten Staaten³⁴.

Das amerikanisch-französische Verhältnis in deutschlandpolitischen Fragen glich seit Herbst 1945 einem Pokerspiel mit Maximalpositionen, bei dem beide Seiten um den Bluff des anderen wußten. Frankreich verwendete sie in Kenntnis amerikanischer Sorgen um die Stabilität des Landes, die Vereinigten Staaten dagegen, um durch Schaffung vollendeter Tatsachen von einer möglichst guten Verhandlungsbasis aus Zugeständnisse machen und damit Abhängigkeiten aufrechterhalten zu können. Für Paris versprach eine vehemente Reaktion auf erwartete US-Initiativen größeren Nutzen als eigenes Vorpreschen mit differenzierten Realzielvorschlägen, das doch nur die innenpolitische Lage angeheizt und die außenpolitische Ausgangsposition verschlechtert hätte.

Eine „Echternacher Springprozeession“ war die Folge: drei Schritte vor, zwei zurück, und ein deutschlandpolitischer „Fortschritt“, mit dem sich die Franzosen inoffiziell bereits arrangiert hatten, dies offiziell jedoch erst nach gewissen wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Kompensationen zuzugestehen bereit waren. Ein Musterbeispiel sind die parallel zu den Pariser Marshallplangesprächen geführten Diskussionen um die Erhöhung des bizonalen Industrieniveaus im Sommer 1947: intern erwarteter angelsächsischer Vorstoß am 16. Juli, konsequente diplomatische Offensive Bidaults gegen die Beschlüsse, prompte Gesprächsbereitschaft Marshalls und Akzeptanz eines Diskussionsvorbehalts, informelle bilaterale Gespräche seit Ende Juli, Dreier-Unterredungen in London vom 22. bis zum 27. August.

Konzessionen berührten vor allem die Ruhr, Frankreichs Primärziel: Zugriffsrechte auf die Kohle, Besitzstruktur der Gruben, Bindung westdeutscher Wiederaufbaufortschritte an die französischen und schriftlich fixierte Zusage, Deutschland käme nicht in Genuß einer Rekonstruktionspriorität³⁵. Den Amerikanern war von vornherein klar, daß die Clay-Robertson-Vereinbarungen Kompensationsforderungen provozieren würden, den Franzosen, daß es für eine definitive Zusage zu einem elaborierten Projekt einer Internationalen Ruhrbehörde zu früh war. Am Ende war das Entgegenkommen beiderseitig³⁶. Frankreich hatte nicht einmal seine Trumpfkarte der Westzonenfusion ausspielen müssen, um in der Ruhrfrage einen Verhandlungsschritt voranzukommen.

³⁴ Vgl. MAE, Dir.Éco., Gespräch Alphand/Kennan in Paris, 2. 9. 47, AN 80 AJ 266 (Commissariat du Plan).

³⁵ Vgl. Communiqué final franco-anglo-américain en date du 28 août 1947, zit. nach: La Documentation Française, Notes documentaires et études n° 737, Série textes et documents (CLX, 1. 10. 47) 5f.

³⁶ Differenziert zu den Zugeständnissen in amerikanischer Perspektive *Wilfried Mausbach*, Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947 (Düsseldorf 1996) 331–336.

Obschon – wie Bidault vor der Moskauer Konferenz dem außenpolitischen Ausschuß des Conseil de la République anvertraut hatte – Frankreich nicht 100% von dem erreichen könne, was es fordere, verlöre es doch 100%, wenn es sich ohne Umschweife auf die Position des Verhandlungspartners einließe. Er glaube aber, daß es mit Hilfe der öffentlichen Meinung nicht zu 100% nachgeben werde³⁷. Die Durchsetzung von „environ 50% avec ceux qui ont bien voulu essayer de nous comprendre“ zuzüglich des Saarwirtschaftsanschlusses, die der Außenminister später auf sein taktisches Geschick verbuchte³⁸, sind schwerlich nachweisbar, zu 100% kapituliert hatte er jedenfalls nicht.

Die Moskauer Außenministerratstagung, die Unterredungen über das westdeutsche Industrieniveau sowie die Verhandlungen über Marshallplan, Brüsseler Pakt und NATO-Vertrag hatten den Kalten Krieg verschärft und den modifizierten Ansatz amerikanischer Europapolitik implementiert. Entscheidend war eine „balance between the urgent needs of France and the urgent needs of Germany“³⁹. Für die Pariser Führung bedeutete eine solche Gleichsetzung zwei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges einen Schock. Sie spitzte sich zum Trauma eines möglichen deutschen Vorrangs beim Wiederaufbau zu, erlaubte freilich weiterhin, dezidiert die fatalen Konsequenzen einer Übervorteilung Frankreichs gegenüber dem östlichen Nachbarn zu betonen.

Washington stand deutschland- und frankreichpolitisch unter Handlungsdruck. Das Dilemma war, den Wiederaufbau Westdeutschlands vorantreiben und für Westeuropa ertragreich gestalten zu wollen, dies allerdings gleichzeitig den dort vielfach krisengeschüttelten und sicherheitsfrenetischen Politikern und Öffentlichkeiten schmackhaft machen zu müssen⁴⁰. Damit blieb es bei amerikanischen Rücksichtnahmen und begrenzten Anwendungsmöglichkeiten von Zwangsmitteln wie auch bei französischer Kultivierung einträglicher Verhandlungsmuster. Ziel war zum einen das Durchsetzen deutschlandpolitischer Realziele, zum anderen das Einlenken der westlichen Hegemonialmacht, durch wirtschaftliches und militärisches Engagement ein „empire by invitation“ in der Alten Welt zu begründen⁴¹, im nationalen Interesse wohlgerneht.

³⁷ Vgl. Direction des Archives du Sénat (DAS) Com. Aff. Étr. 26. 2. 47.

³⁸ Vgl. SAAN Com. Aff. Étr. 9. 6. 48.

³⁹ Vgl. Minutes of conversation Marshall/Auriol, 6. 3. 47, FRUS 1947 (II) 190–195; Entretien Ramadier/Marshall, Hôtel Matignon, 6. 3. 47, AMAE B Amérique (1944/52) États-Unis 120.

⁴⁰ Vgl. die JCS 1769/1, United States assistance to other countries, 20. 4. 47, in: *Thomas H. Etzold, John Lewis Gaddis* (Hrsg.), *Containment. Documents on American Policy and Strategy 1945–1950* (New York 1978) 71–83 (73 f.).

⁴¹ Unter Bezugnahme auf Lundestad zuletzt *John Lewis Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History* (Oxford 1997) 49 ff.

Marshallplan und Nordatlantikpakt

Je mehr sich der Kalte Krieg erhitzte, umso mehr lag den Vereinigten Staaten an einer öffentlichkeitswirksamen Isolierung der Sowjetunion. Schon seit Sommer 1946 war sich der Quai d'Orsay des Ansinnens bewußt, Frankreich auch offiziell enger in den angelsächsischen Dunstkreis zu ziehen, doch schon aus innenpolitischen Erwägungen galt dies dort als unmöglich⁴². Genau wurde beobachtet, wer sich wann gegen wen in Washington durchsetzte, als die Haltung der Folgemonate zwischen Druckandrohung und Konzilianz schwankte.

Amerikanische Vorstöße zugunsten eines Zusammenschlusses der westlichen Besatzungsgebiete erlaubten Paris „by virtue of its vulnerability“⁴³, realzielorientierte Deutschlandbedingungen für den Fall einer Fusion zu konkretisieren: möglichst weitreichend dezentralisierte politische Strukturen, definitiver wirtschaftlicher Anschluß der Saar, befriedigende Lösung für die Finanzierung des absehbaren trizonalen Handelsbilanzdefizits, fortgesetzte Bewahrung gewisser besatzungsökonomischer Vorteile im deutschen Südwesten, vorherige Übereinkunft zu Ruhrkontrolle, Industrieniveau und Kohleverteilung sowie dauerhafter Verbleib amerikanischer Truppen in Deutschland, eine Allianz als militärische Ergänzung zum ökonomischen Engagement.

Für Frankreich waren Interimshilfe und Marshallplangelder von überragender Bedeutung, finanzwirtschaftlich wie wirtschaftspsychologisch. Als „aide immédiate qui permet de faire face à une situation aigue“⁴⁴ sorgten sie zunächst für erweiterte Handlungsspielräume. Dann stärkte das Projekt das Selbstbewußtsein nichtkommunistischer Kräfte gegenüber PCF und CGT, längst bevor die ersten Lieferungen erfolgten. Schließlich gestattete das Ausmaß der Hilfsleistungen sowie die Art ihrer Verwendung eine rasche Verwirklichung des ehrgeizigen Monnetschen Modernisierungsplanes⁴⁵. Es hielt den Glauben an einen rascheren Wiederaufbau im Vergleich zum deutschen halbwegs aufrecht, beschleunigte ihn zumindest und verbreiterte die ökonomische Basis der „trente glorieuses“.

Nicht weniger bedeutsam, als für Paris der Marshallplan selbst, war für Washington eine französische Beteiligung am Projekt. Einmal stand die uramerikanische Idee Pate, Produktivität bilde ein demokratietheoretisches Konzept und Wirtschaftswachstum entziehe dem Marxismus den Nährboden⁴⁶. Gleichzeitig

⁴² Vgl. Chauvel im Gespräch mit Caffery, 11. 6. 46, FRUS 1946 (V) 566f. Druck auf Frankreich – führte Chauvel weiter aus – könne nur das Gegenteil dessen bewirken, was sich die Vereinigten Staaten erhofften.

⁴³ Vgl. *Lawrence S. Kaplan*, *The United States and NATO. The Formative Years* (Lexington KY 1984) 26.

⁴⁴ ENA-Vortrag von Pierre Mendès France, 8. 1. 48, in: *ders.*, *Oeuvres complètes*, Bd. 2 (Paris 1984) 216–220 (217).

⁴⁵ Vgl. *Jean Monnet*, Memorandum für Bidault, 28. 06. 48, AN 457 AP 22; rückblickend Ministère des Finances, *L'aide accordée à la France par les États-Unis d'Amérique*, 1. 2. 56, SAEF B 18220.

⁴⁶ Zuletzt *Charles S. Maier*, *Premises of the Recovery Program*, in: *Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe*, Colloque tenu à Bercy (Paris 1993) 15–28 (20ff., 27).

erschien ohne französische Zufriedenstellung der westdeutsche Europäisierungsprozeß aussichtslos und die amerikanische Integrationsstrategie⁴⁷ ebenso zum Scheitern verurteilt wie die öffentlichkeitswirksame Ausgrenzung der Sowjetunion. In Westdeutschland lag der wirtschaftliche Schlüssel für europäische Rekonstruktion, in Frankreich der politische Schlüssel für einen deutschen Wiederaufbau im europäischen Rahmen. Es avancierte letztendlich nach Großbritannien zum zweiten Empfängerland für Marshallplanhilfe und erhandelte sich den investitions- und produktivitäts- statt konsumentenorientierten Einsatz der Gegenwertmittel.

Paris betrachtete die Gelder als nationale Befreiungskredite, die es – wie Jean Monnet gehofft hatte – auf lange Sicht erlaubten „de produire plus, de vivre mieux, de nous rééquiper et, finalement, d’assurer notre indépendance“⁴⁸. Der Quai d’Orsay behielt seine Trümpfe fest in der Hand: hexagonale Regimebedrohung durch öffentliche Germanophobie und kommunistische Hegemonie einerseits, maximalistische Deutschlandpositionen und ein Besatzungsgebiet als Trizonenpfand. Frankreich hatte sich nicht zuletzt deshalb achtbar aus der Affäre gezogen, weil es im Bewußtsein wechselseitiger Abhängigkeit als schwieriger Partner der Vereinigten Staaten auftrat.

Langfristige amerikanische Truppenpräsenz in Europa bildete schon früh ein französisches Nachkriegsziel, und sein Gewicht nahm zu. Es mündete in den Versuch, deutschlandpolitische Zugeständnisse an Garantien im Rahmen einer atlantischen Militärrallianz zu binden. Erste konkrete Demarchen unternahm Bidault Ende 1947 gemeinsam mit seinem britischen Amtskollegen Ernest Bevin⁴⁹. Der Brüsseler Pakt im März 1948 blieb eine Etappe, konnte Bidaults Bedürfnis, als gleichberechtigter Partner dem angelsächsischen Klub beizutreten, nicht befriedigen⁵⁰.

Zunehmend sah sich Washington genau in dem Dilemma, das finanz-ökonomischer Beistand hatte verhindern sollen: ohne dauerhaftes militärisches Engagement erfolgreiche Sicherheitspolitik im Sinne einer „doppelten Eindämmung“ zu betreiben, damit eine allseits akzeptierte westdeutsche Einbindung in den Rekonstruktionsprozeß und einen Machtausgleich zwischen Westeuropa und der Sowjetunion zu gewährleisten. Stattdessen drohten nun die ERP-Mittel aufgrund steigender europäischer Verteidigungsausgaben wirkungslos und zweckentfremdet zu verpuffen. Es galt, über materielle und psychologische Militärhilfe in Form von Ausrüstungsgegenständen bzw. einer „concrete military alliance [against the Soviet attack] with definite promises to do definite things under cer-

⁴⁷ Dazu *Michael J. Hogan*, *The Marshall-Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe 1947–1952* (Cambridge 1987) 26–53 sowie die Schlußbetrachtung „America made the European way“, ebd. 427–445.

⁴⁸ Vgl. Jean Monnet, *Note sur les crédits extérieurs*, 11. 11. 47, AN 80 AJ 266.

⁴⁹ Vgl. *Entretiens Bidault/Marshall, Marshall/Bevin, Bevin/Bidault*, 17.12.47, AMAE Y (1944/49) 229.

⁵⁰ Vgl. *Pierre Gerbet e.a.*, *Le relèvement 1945–1949* (Paris 1991) 358 f.

tain circumstances“⁵¹ nachzudenken. Im State Department waren die Meinungen geteilt.

Am 20. März 1948 begann die zweite Phase der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz über die Zukunft Westdeutschlands, und das Thema „atlantische Allianz“ erlangte zunehmende Relevanz als Verhandlungselement. Die entscheidende Frage war „de savoir jusqu’où le Gouvernement des États-Unis est disposé à s’engager“⁵². Als eine französische „last-minute pressure campaign“⁵³ die Konferenzergebnisse zu konterkarieren drohte, traf sie zwar auf taube Ohren des State Department, was das Ruhrproblem anbelangte, doch wartete Marshall mit Zusagen für militärischen Beistand auf. Nicht französische Rückzugsgefechte und kompensationslose Deutschlandkonzessionen dank US-Pressionen mit der „Marshallplanwaffe“ kennzeichneten die Sechs-Mächte-Verhandlungen in erster Linie, eher ein für Frankreich alles in allem achtbares Resultat mit steigenden Aussichten auf eine atlantische Militärallianz⁵⁴.

Die konkrete Ausgestaltung war allerdings längst nicht geklärt, und der Weg führte keineswegs zwangsläufig zum Nordatlantikpakt. Erst die am 23. Juni 1948 beginnende Berlin-Blockade sollte den Weg frei machen für eine integrierte euro-amerikanische Verteidigungsorganisation. Frankreichs kommunistische Karte und Trizonentrumpf waren intakt. Der Kohlestreik von Oktober/November 1948 hatte neuerlich amerikanische Sorgen um einen Umsturz genährt, und mehr und mehr wurde deutlich, daß nur „a pact of this nature would give France a greater sense of security against Germany as well as the Soviet Union and should materially help in the realistic consideration of the problem of Germany“⁵⁵.

Mit der Unterzeichnung von Nordatlantikpakt, Besatzungsstatut und Ruhrstatut im April 1949 erfolgte aus französischer Sicht die Umsetzung der Vandenberg-Resolution und die prinzipielle Zustimmung zur Bildung der Trizone und der internationalen Ruhr-Kontrollbehörde. Zwar enthielt Artikel 5 des NATO-Vertrages keine automatische Beistandsklausel, zwar blieben Grad und Verbindlichkeit des amerikanischen Einsatzes vorerst offen, zwar herrschte in Washington selbst weiterhin eine eher restriktive Paktauslegung vor, doch konnte am militärischen Engagement der Vereinigten Staaten in der Alten Welt sowie am Ende des Isolationismus kein Zweifel mehr bestehen.

Den Pariser Akteuren galt die NATO-Gründung als Erfolg. Die Verhandlungen zwischen Anfang Juli 1948 und Anfang April 1949 hatten sich durchaus nicht als eine Geschichte der ständigen Unterordnung erwiesen. Wiederum ließen sich vielerlei Positionen gegen die ursprüngliche Renitenz der Amerikaner durchset-

⁵¹ Vgl. Caffery an Marshall über Gespräch mit Bidault, 2. 3. 48, FRUS 1948 (III) 34 f.

⁵² Vgl. Bidault an Massigli, 22. 4. 48, AMAE Y (1944/49) 304.

⁵³ Vgl. Marshall an Douglas, 11. 5. 48, FRUS 1948 (II) 233 f.

⁵⁴ Vgl. Pierre de Leusse, Note, Le problème de la sécurité et la Conférence de Londres, 4. 6. 48, AMAE Y (1944/49) 306.

⁵⁵ Memorandum of Conversation by Acheson, 14. 2. 49, FRUS 1949 (IV) 108 ff. (109).

zen⁵⁶. Im Ergebnis bot die NATO Frankreich bemerkenswerte Vorteile: eine Sicherheitsgarantie für das westliche Europa gegen potentielle deutsche wie sowjetische Angriffe; eine Gewährleistung amerikanischer Truppenpräsenz auf dem Kontinent; eine Strategie, die vorsah, sowjetische Attacken schon in Deutschland statt an den Pyrenäen bzw. der Kanalküste zu stoppen; eine Ausweitung der Sicherheitszone auf den Mittelmeerraum durch die Mitgliedschaft Italiens sowie die Einbeziehung der Algerien-Departements.

Überdies sagte Washington ein Militärhilfeprogramm zu, das gleich nach der Präsentation des Atlantikpakts dem Kongreß unterbreitet werden sollte. Damit ließ sich französischen Verpflichtungen im Rahmen der Westeuropäischen Union nachkommen, vor allem gestattete es, Kriegsgerät in den Kolonien einzusetzen, ohne die ökonomischen Modernisierungsprämissen zu untergraben. Nicht anders als Frankreich gut ein Jahr später mit dem Schumanplan Supranationalität im Sinne nationalstaatlicher Prämissen zu instrumentalisieren wußte, nutzte es mit der NATO ein atlantisches Verteidigungsbündnis auch zugunsten imperialer Zielperspektiven⁵⁷. Im Zuge des Koreakrieges involvierte es die Vereinigten Staaten trotz nachdrücklicher Warnungen aus dem Pentagon in den Indochina-Konflikt⁵⁸, sah sich freilich zugleich mit der Debatte um einen bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag konfrontiert.

Die „Politik des schwierigen Partners“

Ohne Frage trugen innenpolitische Zwänge und deutschlandpolitische Hartnäckigkeit dazu bei, den Weg der Vereinigten Staaten in eine nordatlantische Sicherheitsgemeinschaft zu forcieren und günstige Vertragsdetails und Durchführungsbestimmungen zu erzielen⁵⁹. Angesichts französischer „dollar gap“ und „power gap“ waren Marshallplan und nordatlantisches Bündnis auch Erfolge Pariser Nachkriegsdiplomatie. Die Franzosen waren sich bis zuletzt des Trizonentrumpfes bewußt. „Quant à la possibilité d’une action séparée en bi-zone“, wie Koenig, aber nicht nur er, erklärte, „je n’y crois absolument pas“⁶⁰.

⁵⁶ Vgl. René Girault, Robert Frank, Jacques Thobie, *Histoire des relations internationales. La loi des géants 1941–1964* (Paris 1993) 133.

⁵⁷ Ähnlich Wolfgang Krieger, American Security Policy in Europe before NATO, in: Francis H. Heller, John R. Gillingham (Hrsg.), *NATO. The Foundation of the Atlantic Alliance and the Integration of Europa* (London 1992) 99–128 (100 f.); Beatrice Heuser, Introduction, in: dies., Robert O’Neill (Hrsg.), *Securing Peace in Europe 1945–1962. Thoughts for the Post-Cold War Era* (Oxford 1992) 1–13 (4 f.).

⁵⁸ Vgl. Robert Buzzanco, Prologue to Tragedy. U.S. Military Opposition to Intervention in Vietnam 1950–1954, in: *Diplomatic History* 17 (1993) 201–222 (206 f.).

⁵⁹ Vgl. auch Klaus Schwabe, The Origins of the United States’ Engagement in Europe 1946–1952, in: Heller, Gillingham (Hrsg.), *NATO* 161–192 (175).

⁶⁰ Vgl. Koenig an Schuman, 14.2.49, AMAE Z-Europe (1944/49) Allemagne 81; mehrere weitere Hinweise, vgl. ebd.

Gewiß sind die Vereinigten Staaten nicht nach Europa hineingeschlittert, gewiß beruhte das Engagement nicht auf idealistischen Anwendungen. Washington hatte eigene Interessen und Pläne, eine durchaus kreative Friedens- und eine durchaus expansiv angelegte Sicherheitskonzeption als Lehre aus zwei Weltkriegen⁶¹, und in beiden war Frankreich kontinentaler Angelpunkt. Dennoch sind amerikanische Grundhaltungen bei Kriegsende und Modifizierungen im Zuge des Ost-West-Konflikts, dennoch ist der Umgang mit der deutschen Frage im Vergleich zu anderen durch Paris mitbestimmt worden. Zentrum und Peripherie standen in ständigem Austausch, unterlagen ständigen Wechselwirkungen.

Frankreichs prekäre Lage im Inneren spielte eine zentrale Rolle. Latente amerikanische Furcht vor kommunistischem Umsturz und Dominoeffekt machte sie zu einem wichtigen Argument. Als kaum weniger bedeutend erwies sich ein Verhandlungsansatz, der maximalistische Deutschlandforderungen trotz offensichtlicher Zweck- und Chancenlosigkeit glaubhaft pflegte und offizielle Positionen erst bei garantierten Gegenleistungen graduell räumte. Zwar erlaubte es selbst das Zusammenwirken von öffentlicher Germanophobie, kommunistischer Gefahr und deutschlandpolitischen Maximalismen nicht, der US-Administration den eigenen Willen aufzuzwingen oder eigene Ziele ohne Abstriche zu verwirklichen. Doch halfen sie, daß auch Washington dies nicht gelang.

Gegenüber dem östlichen Nachbarn kam es letztendlich zu Ergebnissen, mit denen Paris leben, mit denen es realistischerweise rechnen konnte. Die Bilanz fiel gewiß nicht durchweg positiv aus, gemessen an der Ausgangslage jedoch ebenso wenig durchweg negativ: eine wirtschaftliche Angliederung der Saar, eine halbwegs befriedigende Ruhrlösung, ein leidlich dezentralisierter westdeutscher Staat, eine prioritäre Beteiligung am Marshallplan, eine passable atlantische Verteidigungsorganisation sowie Vorbehaltsrechte im Rahmen des Besatzungsstatuts. Eine wirtschaftliche Vorrangstellung mochte Frankreich nicht gelingen, doch übernahm es spätestens mit dem Schumanplan eine jahrzehntelang unangefochtene politische Führungsrolle auf dem Kontinent und tarierte die absehbare finanzwirtschaftliche Überlegenheit der Bundesrepublik im „équilibre des déséquilibres“ aus. Faktisch gingen Dominanz und Integration Hand in Hand.

Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“ war eine Antwort auf die seit Algerien diskutierte Frage, wie es denn gesamtpolitisch am profitabelsten mit der eigenen machtpolitischen Schwäche umgehen solle. Das schließlich verfolgte Kalkül des schwierigen Partners wurzelte einmal im München-Trauma der Nachkriegseliten, zum anderen im erfolgreichen de Gaulleschen „Nein, danke“ der Widerstandsjahre, das Bidault alsbald in ein „Ja, aber“ umwandeln sollte. Nur wenn Frankreich nach Befreiung und Kriegsende – so schien es – maximalistisch auftrat, nur wenn es die eigene Schwäche als Verhandlungselement ignorierte, nur wenn es

⁶¹ Dazu auch *Michael H. Hunt*, *Ideology and U.S. Foreign Policy* (New Haven 1987) 150–153.

die Trümpfe des „Kleinen“ gegenüber dem „Großen“ möglichst lange konservierte, ließen sich Realziele vielleicht ansatzweise verwirklichen⁶².

Gerade deshalb hatte Bidaults Devise „il faut tenir les Américains sans les perdre“⁶³ ein langes Leben, weit über die Frühphase des Kalten Krieges hinaus. Sie verweist auf grundlegende diplomatische Prämissen des schwächeren Partners in einer bilateralen Beziehung struktureller Asymmetrie. Und hatte nicht bereits Machiavelli festgestellt: „Aus niederem Stand gelangt man zur Größe eher durch Betrug als durch Gewalt. ... Oft täuscht man sich, wenn man durch Bescheidenheit den Hochmut zu besiegen glaubt.“⁶⁴

⁶² Vgl. Dietmar Hüser, Politik kalkulierter Provokation im Zeichen struktureller Asymmetrie – Frankreich und die Vereinigten Staaten, die deutsche Frage und der Kalte Krieg 1940–1950, in: *Francia* 27/3 (2000), im Erscheinen.

⁶³ Georges Bidault rückblickend vor dem MRP-Exekutivausschuß, 7. 12. 50, AN 350 AP 49.

⁶⁴ Niccolò Machiavelli, 13. u. 14. Kapitel im 2. Buch der Rede über die erste Dekade des Titus Livius, in: Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte, hrsg. v. Erwin Faul (Köln, Opladen 1965) 170–173.